

**ANTWORTEN DER CDU BERLIN  
AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE  
VON PETA DEUTSCHLAND E.V.**

**ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2021**

## **1. Tierversuche / Tierverbrauch in der Lehre**

Tierversuche sind oftmals mit erheblichen Leiden für die Tiere verbunden; die Ergebnisse lassen sich kaum auf den Menschen übertragen – tierfreie Forschungsmethoden sind auf dem Vormarsch. Im Rahmen der Lehre an Hochschulen finden jedoch noch immer Tierversuche statt, ebenso werden – insbesondere für Sezierkurse – zahlreiche getötete Tiere „verbraucht“ – obwohl einige Universitäten in Deutschland bereits jetzt moderne Biologie- oder Medizin-Studiengänge anbieten, ohne dass getötete Tiere dafür verwendet werden.

**a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass sowohl Tierversuche als auch Tierverbrauch für die Lehre in den Berliner Bildungseinrichtungen beendet und durch moderne Methoden ersetzt werden?**

### **Antwort:**

Der Schutz von Tieren ist für uns ein wichtiges Anliegen. Der Respekt vor der gesamten Schöpfung verpflichtet uns zu einem verantwortungsvollen Verhalten gegenüber unseren Mitgeschöpfen. Wir setzen uns dafür ein, Tiere artgerecht zu halten und sie als Teil der Schöpfung zu achten und zu schützen.

Wir wollen, dass Tierversuche auf das absolut notwendige Maß verringert und möglichst durch alternative Methoden ersetzt werden. Wir haben dafür ein klares Konzept und setzen auf das 3R-Prinzip (replacement - Ersatz, reduction – Reduzierung, refinement – Verbesserung).

Bei allen Anstrengungen wird es jedoch auch in naher Zukunft nicht möglich sein, Tierversuche vollständig durch Alternativmethoden zu ersetzen. Tierversuche sind insbesondere noch nötig zur Erlangung von Erkenntnissen der Grundlagenforschung und bei der Bekämpfung schwerer Krankheiten. Bei unvermeidbaren Versuchen sollen die Belastungen für die Tiere so weit wie möglich vermindert werden.

Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen sind bei der Ausbildung von Akademikern weitgehend frei, ihre Studienordnungen und Inhalte selbst zu bestimmen. Das Tierschutzgesetz verpflichtet sie aber zu tierversuchsfreien Forschungsmethoden, wo immer dies möglich ist. Damit sind tierversuchsfreie Forschungsmethoden Bestandteil einer akademischen Ausbildung, die Lehre und Forschung verbindet. Wir werben für die Vermittlung tierversuchsfreier Forschungsmethoden und ethischer Grundlagen zum Tierversuch bei Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

## **2. Jagdgesetz / Jagd auf Füchse**

In Berlin töten Jäger jedes Jahr mehrere Dutzend Füchse – im Jagdjahr 2019/2020 waren es 74 Tiere. Ökologische, gesundheitsrelevante oder wildbiologische Argumente für die regelmäßigen Fuchstötungen liegen nicht vor. Füchse werden von Jägern als „Jagdkonkurrenten“ angesehen. Luxemburg führte 2015 ein Verbot der Fuchsjagd ein, das aufgrund der positiven Erfahrungen verlängert wurde und weiterhin Bestand hat.

### **a) Wird sich Ihre Partei für eine Novellierung des Landesjagdgesetzes nach tierfreundlichen und ökologischen Kriterien einsetzen?**

#### **Antwort:**

Die CDU bekennt sich zur Jagd als einer legitimen nachhaltigen Nutzungsform natürlicher Ressourcen. Wir unterstützen die Jagd und wissen zu schätzen, dass das Jagdrecht nicht nur ein Nutzungs-, sondern insbesondere auch ein Schutzrecht ist. Wir weisen auf die vielfältigen Leistungen hin, die die Jägerschaft zum Beispiel über Hegemaßnahmen für Tier- und Artenschutz sowie die Regulierung der Wilddichte, aber auch durch Schadensabwehr für Waldbau und Landwirtschaft, durch Seuchenprävention und vieles mehr für die gesamte Gesellschaft erbringt.

Das Wild, insbesondere seltene und geschützte Arten, die dem Jagdrecht unterliegen, profitieren von der gesetzlich verankerten Hegeverpflichtung. Wir stehen für ein Jagdrecht, das die weidgerechte und tierschutzkonforme Jagdausübung gewährleistet. Das Ziel ist der Erhalt eines artgerechten Wildbestandes.

### **b) Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Füchse in Berlin nicht mehr flächendeckend getötet werden dürfen?**

#### **Antwort:**

Für die CDU gilt: Jede Form der Jagd muss waidgerecht ausgeübt werden und den Tierschutz beachten. Das müssen die Anforderungen an die Jagdausbildung und –ausübung sicherstellen.

Füchse haben keine natürlichen Feinde und sind Räuber zahlreicher bodenbrütender Vogelarten. Um diese Arten zu schützen, bedarf es einer effizienten und zielorientierten Regulierung des Fuchsbestandes durch die Jägerschaft. Aus diesem Grund sehen wir die Notwendigkeit, die Jagd auf den Fuchs beizubehalten.

### **3. Ernährung**

Der durchschnittliche Konsum tierischer Nahrungsmittel liegt in Deutschland auf einem im internationalen Vergleich hohen Niveau. Dies fördert neben Tierleid auch sogenannte Zivilisationskrankheiten. Zudem zählt die Produktion tierischer Nahrungsmittel zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien.

#### **a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zumindest in Einrichtungen der öffentlichen Hand täglich ein veganes Gericht zur Auswahl steht?**

##### **Antwort:**

Wir wollen es den Menschen ermöglichen, sich auch im Schul- und Berufsalltag gesund und umweltbewusst ernähren können und zwar auf die Weise, wie sie dies wünschen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in Kantinen und Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung gutes und vollwertiges Essen in hoher Qualität und zu fairen Preisen angeboten wird. Das beinhaltet auch, dass vegetarische und vegane Gerichte angeboten werden. Vorgaben für bestimmte Lebensmittel oder Produktionsverfahren werden wir aber nicht machen.

Unserer Vorstellung nach ist es sinnvoller, wenn die Kantinenbetreiber in den Dialog mit ihren Kundinnen und Kunden über deren Wünsche treten und diese entsprechend berücksichtigen.

Wir wollen erreichen, dass sich mehr Berlinerinnen und Berliner für regionale Produkte entscheiden. Zu wissen, woher das Fleisch, das Gemüse und das Obst tatsächlich kommen, verschafft Nähe und Wertschätzung für die Produkte unserer Landwirtschaft. Daher wollen wir regionale Ernährung stärken und dafür die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg intensivieren.

### **4. Welpenhandel / Sachkundenachweis**

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Durch das vermittelte Wissen werden eine tiergerechte Haltung gefördert, Spontankäufe und damit einhergehende Abgaben an Tierheime reduziert sowie vor allem die Anzahl an Beißvorfällen gesenkt.

#### **a) Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter in Berlin einsetzen?**

##### **Antwort:**

Hunde sind des Menschen bester Freund. Das soll auch in Berlin so bleiben. Das Zusammenleben von Mensch und Hund birgt in einer Großstadt wie Berlin leider auch immer wieder Konflikte zwischen Hundehaltern und Nicht-Hundehaltern. Unser Anspruch ist es, dieses Zusammenleben angemessen zu gestalten. Die

CDU Berlin will Initiativen, die auf ein besseres Miteinander von Mensch und Hund abzielen, stärker fördern und in den Fokus der Öffentlichkeit rücken.

Wir wollen, dass möglichst viele Hundebesitzer den Hundeführerschein machen. Uns geht es dabei vor allem um eine vermittelnde Lösung zwischen den Bedürfnissen der Hunde einerseits sowie den Forderungen nach härteren Vorschriften für Halter andererseits. Das Ziel des Hundeführerscheins ist es, dass Hundebesitzer lernen, verantwortungsvoll mit ihren Tieren umzugehen. Er trägt unserer Überzeugung nach dazu bei, das Wissen der Berliner Hundehalter über das Verhalten von Hunden und den Umgang mit ihnen deutlich zu verbessern. Unserer Meinung nach dient dies nicht nur dem Tierschutz, sondern auch der Gefahrenabwehr.

**b) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Kapazitäten bei den Veterinärbehörden zu erhöhen, damit der illegale Welpenhandel in Berlin besser bekämpft werden kann?**

**Antwort:**

Tiere sind keine Sachen, sondern Lebewesen mit einem Herz und einer Seele. Wir müssen den illegalen Welpenhandel stoppen, denn er verursacht großes Leid. Wir werden die zuständigen Behörden im Kampf gegen illegalen Welpenhandel stärken und setzen uns für eine Bundesratsinitiative ein, um den Handel mit Tieren stärker zu regulieren und den illegalen Tierhandel endlich als Straftat einzustufen.

Außerdem setzen wir uns für mehr Aufklärung bei den Menschen ein, die einen Hund kaufen wollen. Es muss ihnen bewusst werden, dass Hunde keine Handelsware sind, die als Sonderangebot und Schnäppchen erstanden und entsprechend gewertet werden können. Die Menschen müssen wissen, woran sie seriöse Züchter erkennen und worauf sie beim Hundekauf achten müssen. In der Aufklärung sehen wir eine Aufgabe der Politik, aber auch der Tierschutzverbände und der Medien. Wir sind dankbar, dass wir viele Tierschutzverbände dabei an unserer Seite wissen.

**5. Tierschutz beim Angeln**

Wettfischen wird inzwischen von vielen Staatsanwaltschaften und Gerichten als strafbar angesehen – auch dann, wenn die Fische anschließend gegessen werden.

**a) Unterstützt Ihre Partei ein Verbot von Wettfischveranstaltungen, bei denen es darum geht, möglichst schwere oder viele Fische in einer bestimmten Zeit zu angeln und „Fischerkönige“ geehrt werden?**

**b) Unterstützt Ihre Partei das geplante Verbot des „Catch & Release“-Angelns, bei dem Fische für das Posieren gefangen und anschließend, oft verletzt, wieder zurückgesetzt werden?**

**Antwort auf Frage 5.a und 5.b:**

Nein.

Aus unserer Sicht hat sich die bisherige gesetzliche Regelung bewährt. Wir sehen derzeit keinen Handlungsbedarf über die vom Bundesgesetzgeber vorgegeben Anforderungen hinaus tätig zu werden.

**c) Unterstützt Ihre Partei ein Verbot des Angelns von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren?**

**Antwort:**

Nein.

Die CDU setzt sich dafür ein, Naturreichtum und Artenvielfalt unserer Heimat zu bewahren. Engagierte Angler sowie ihre Vereine und Verbände leisten durch ihre Aufgaben wie bei der Pflege und Hege unserer Gewässer einen wichtigen Beitrag für Natur und Umwelt.

Die CDU Berlin begrüßt es, wenn bereits Kinder und Jugendliche den verantwortungsbewussten Umgang mit der Natur und naturwissenschaftliche Zusammenhänge erlernen. Erfahrene Angler leisten dafür einen wichtigen Beitrag. Deshalb sehen wir keinen Grund, ein Angelverbot für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren auszusprechen.

## **6. Pferdekutschen**

In einigen Weltmetropolen wie Barcelona oder Montreal sind kommerzielle Pferdekutschen aus Tierschutz- und/oder Sicherheitsgründen untersagt.

**a) Wird sich Ihre Partei für ein rechtssicheres Verbot für kommerzielle Pferdekutschen in Berlin einsetzen?**

**Antwort:**

Im Interesse des Tierschutzes und der Gesundheit der Kutschpferde braucht es klare Regeln, deren Einhaltung auch verstärkt kontrolliert werden muss. Wir wollen ein Konzept erstellen, das Kutschenverkehre insbesondere in der Innenstadt reguliert. Im Mittelpunkt sollen dabei sowohl das Tierwohl als auch die Gefahren, die im Straßenverkehr durch Kutschfahrzeuge ausgehen, stehen. Dabei sollen z.B. Ruhetage für die Pferde und geeignete Stand- und Ruheplätze

mit entsprechendem Untergrund sichergestellt werden. Ein völliges Verbot des Pferdekutschenbetriebes würde den bestehenden rechtlichen Regelungen, insbesondere Artikel 12 Grundgesetz sowie Artikel 14 Grundgesetz, zuwiderlaufen und ist daher nicht möglich.

## **7. Tauben in Berlin**

Heimatlose Tauben sind in Städten zahlreichen Gefahren ausgesetzt. Durch betreute Taubenschläge wird sowohl die Vermehrungsrate als auch das Leid der Tiere verringert. Vergrößert wird die Population hingegen stetig durch „gestrandete“ Tauben, die bei Wettflügen das Ziel nicht erreichen.

### **a) Befürwortet Ihre Partei die Errichtung und Finanzierung weiterer betreuter Taubenschläge in Berlin durch die öffentliche Hand?**

#### **Antwort:**

Die CDU will dem unkontrollierten Anwachsen der Taubenpopulation tierschutzgerecht entgegenzutreten. Hierfür kann die Aufstellung und Einrichtung von Taubenschlägen und Nistplätzen an verschiedenen Standorten in unserer Stadt sinnvoll sein.

### **b) Befürwortet Ihre Partei ein Verbot von Tauben-Wettflügen?**

#### **Antwort:**

Nein.